

[Home](#)>[Ihre Rechte](#)>[Beschuldigte \(Strafverfahren\)](#)

[Beschuldigte \(Strafverfahren\)](#)

Zypern

Diese Informationsblätter beschreiben, was geschieht, wenn jemand einer Straftat verdächtig oder beschuldigt wird, die zu einem Gerichtsverfahren führt. Informationen über geringfügige Vergehen, wie etwa Verkehrsdelikte, für die üblicherweise nur eine Geldbuße vorgesehen ist, finden Sie im Informationsblatt 5. Wenn Sie als Opfer einer Straftat Informationen suchen, finden Sie umfassende Erläuterungen zu Ihren Rechten hier.

Kurzbeschreibung des Strafverfahrens

Im Folgenden werden kurz die üblichen Phasen eines Strafverfahrens dargestellt.

Eine Person, die der Beteiligung an einer Straftat verdächtig wird, kann von der Polizei vernommen werden. Für Ermittlungen bei Straftaten ist die Polizei zuständig.

Der Beschuldigte kann nur auf richterliche Anordnung festgenommen werden, es sei denn, er wird auf frischer Tat ertappt.

Vor der polizeilichen Vernehmung ist der Beschuldigte darüber aufzuklären, dass er das Recht auf Hinzuziehung eines Anwalt hat, und er ist über seine Rechte zu belehren.

Liegen bei Abschluss des Ermittlungsverfahrens belastende Beweise gegen den Beschuldigten vor, wird er von der Polizei offiziell beschuldigt. Bei besonders schweren Straftaten entscheidet der Generalstaatsanwalt über die Strafverfolgung. Diese polizeiliche Befugnis unterliegt jederzeit der Aufsicht durch den Generalstaatsanwalt, der nach der Verfassung befugt ist, Strafverfahren einzuleiten, durchzuführen, an sich zu ziehen oder einzustellen.

Die Polizei übermittelt dem Bezirksrichter eine Anklageschrift mit der/den zur Last gelegten Straftat(en). Stimmt der Richter zu, wird der Angeschuldigte zu einem Hauptverhandlungstermin geladen.

Straftaten können je nach Schwere verhandelt werden: (a) beschleunigt vor einem Einzelrichter des Bezirksgerichts, in dessen Zuständigkeitsbereich die Straftat begangen wurde; (b) auf Antrag vor dem aus drei Bezirksrichtern bestehenden Schwurgericht unter dem Vorsitz des Präsidenten eines Bezirksgerichts.

In Eilverfahren plädiert der Angeklagte während des Gerichtstermins bezüglich der ihm zur Last gelegte(n) Straftat(en) auf „schuldig“ oder „nicht schuldig“. Bei Fällen, die vor einem Schwurgericht verhandelt werden, findet vor einem Bezirksrichter am angesetzten Termin eine Vorverhandlung statt. Die Vorverhandlung kann entfallen, wenn der Generalstaatsanwalt sie für verzichtbar hält. Heutzutage wird üblicherweise auf die Vorverhandlung verzichtet. Das Opfer einer Straftat kann als Privatkläger auftreten.

Der Generalstaatsanwalt trägt die Gesamtverantwortung für Strafverfolgungen und hat auch das Recht, eine Strafverfolgung einzustellen.

Es gibt in Zypern keine Geschworenengerichte.

Kommt das Gericht bei der Vernehmung des Angeklagten zu dem Schluss, dass dieser aufgrund einer Geistesstörung oder Unzurechnungsfähigkeit verhandlungsunfähig ist, kann es seine Behandlung in einer psychiatrischen Einrichtung anordnen.

Der Angeklagte kann aus folgenden Gründen Einwendungen gegen die gegen ihn erhobene Anklage vortragen: a) fehlende sachliche oder territoriale Zuständigkeit, b) früherer Freispruch oder frühere Verurteilung wegen derselben Straftat(en), c) Begnadigung wegen der Straftat(en), d) Unvollständigkeit oder Duplizität der Anklageschrift.

In ein- und derselben Anklageschrift können mehrere Personen gemeinschaftlich gezeigten strafbaren Verhaltens angeklagt werden. Gilt dies als unbillig, kann das Gericht für die Verhandlung eine Trennung der Anklagepunkte anordnen.

Das Verfahren beginnt mit der Beweisaufnahme. Nach Abschluss der Beweisaufnahme entscheidet das Gericht darüber, ob das Verfahren eröffnet wird. Im Falle der Verfahrenseröffnung wird der Angeklagte vom Gericht aufgefordert, sich zu verteidigen; er wird über sein Recht belehrt, die Aussage zu verweigern, von der Anklagebank eine Erklärung abzugeben oder unter Eid auszusagen. Der Angeklagte kann jederzeit Zeugen zu seiner Verteidigung aufrufen. Macht er von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch, darf dies nicht gegen ihn verwendet werden. Nach Abschluss der Beweisaufnahme halten die Parteien ihre Schlussvorträge, bevor das Gericht sein Urteil erkündet.

Alle Zeugen, die unter Eid ausgesagt haben, können einem Kreuzverhör unterzogen werden.

Die Hauptverhandlung hat den Normen eines fairen Verfahrens zu entsprechen. Während des gesamten Verfahrens gilt die Unschuldsvermutung. Die Beweislast liegt stets bei der Staatsanwaltschaft. Ist das Gericht nach Abschluss der Hauptverhandlung von der Schuld des Angeklagten nicht hinreichend überzeugt, muss dieser freigesprochen werden.

Nach einer Verurteilung des Angeklagten beginnt der Vollzug.

Nähere Informationen zu den einzelnen Schritten im Strafverfahren und zu Ihren Rechten finden Sie in den Informationsblättern. Diese Auskünfte sind kein Ersatz für rechtlichen Beistand und dienen nur der Orientierung.

Die Rolle der Europäischen Kommission

Bitte beachten Sie, dass die Europäische Kommission in Strafverfahren der Mitgliedstaaten nicht eingreifen und Ihnen daher auch nicht helfen kann, wenn Sie sich beschweren wollen. In diesen Informationsblättern finden Sie Hinweise, wie und bei wem Sie Ihre Beschwerde vorbringen können.

Klicken Sie auf die nachstehenden Links. Sie finden dort die von Ihnen gesuchten Informationen:

[1 - Wie man Rechtsberatung erhält](#)

[2 - Rechte der Beschuldigten im Ermittlungsverfahren](#)

Festnahme und Durchsuchungen

[3 – Ihre Rechte während der Hauptverhandlung](#)

Strafformen

[4 – Ihre Rechte nach der Hauptverhandlung](#)

[5 - Verkehrsdelikte](#)

[Links zum Thema](#)

[Die Generalstaatsanwaltschaft der Republik Zypern](#)

[Oberster Gerichtshof von Zypern](#)

[Die Polizei in Zypern](#)

Letzte Aktualisierung: 18/07/2019

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.

Angesichts des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union werden die länderspezifischen Inhalte auf dieser Website derzeit von den Mitgliedstaaten aktualisiert. Falls Inhalte diesem Austritt noch nicht Rechnung tragen, ist dies unbeabsichtigt und wird berichtigt.

1 - Wie man Rechtsberatung erhält

Es ist sehr wichtig, unabhängigen juristischen Rat einzuholen, wenn man in irgendeiner Form in ein Strafverfahren verwickelt wird. In den Informationsblättern zu diesem Thema erfahren Sie, wann und unter welchen Umständen Sie das Recht auf anwaltliche Vertretung haben und was ein Anwalt für Sie tun wird. In diesem Informationsblatt erfahren Sie, wie man einen Anwalt findet und wie Sie die Anwaltskosten bezahlen können, wenn Sie sich einen Anwalt nicht leisten können.

Wie findet man einen Anwalt?

Wenn Sie der Beteiligung an einer Straftat verdächtigt werden, haben Sie das Recht, einen Anwalt hinzuzuziehen. Werden Sie einer schweren Straftat angeklagt, haben Sie das Recht, sich im Gerichtsverfahren von einem Anwalt vertreten zu lassen. Sie haben jederzeit das Recht, die Dienste eines Anwalts ihrer Wahl in Anspruch zu nehmen.

Die Kommunikation zwischen Anwalt und Mandant ist besonders geschützt. Sie ist vertraulich und kann nur mit Ihrer Einwilligung offen gelegt werden.

Wer muss die Anwaltskosten tragen?

Kann wegen der Straftat, derer Sie beschuldigt werden, eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verhängt werden, haben Sie in allen Phasen des Strafverfahrens Anspruch auf Prozesskostenhilfe.

Wenn Sie einen Antrag auf Prozesskostenhilfe gestellt haben, prüft das Gericht, ob Ihr Antrag gerechtfertigt ist; hierbei stützt es sich auf einen entsprechenden Bericht des Sozialamts.

Besteht Anspruch auf Prozesskostenhilfe, dürfen Sie einen Anwalt aus einer Anwaltsliste der [zyprischen Anwaltskammer](#) wählen. Die Anwaltsliste kann bei der Geschäftsstelle des Gerichts ausliegen, bei dem das Verfahren gegen Sie eingeleitet wurde. Wählen Sie keinen Anwalt aus der Liste aus, kann das Gericht für Sie einen Pflichtverteidiger bestellen.

Machen Sie unrichtige Angaben zu Ihrer finanziellen Situation, um Prozesskostenhilfe zu erhalten, machen Sie sich strafbar. In diesem Fall sind Sie verpflichtet, dem Staat die erhaltene Prozesskostenhilfe zurückzuzahlen; die Rückzahlung wird gegebenenfalls gerichtlich verfügt.

Eine Beschwerde über einen Anwalt, der gegen die Standesregeln verstoßen hat, kann beim Disziplinausschuss der [zyprischen Anwaltskammer](#) eingelegt werden.

Links zum Thema

[Informationen des zyprischen Ministeriums für Justiz und öffentliche Ordnung über Prozesskostenhilfe](#)

[Zyprische Anwaltskammer](#)

Letzte Aktualisierung: 18/07/2019

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.

Angesichts des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union werden die länderspezifischen Inhalte auf dieser Website derzeit von den Mitgliedstaaten aktualisiert. Falls Inhalte diesem Austritt noch nicht Rechnung tragen, ist dies unbeabsichtigt und wird berichtigt.

2 – Ihre Rechte während der strafrechtlichen Ermittlungen und bevor die Sache vor Gericht geht

Welchen Zweck hat ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren?

Das strafrechtliche Ermittlungsverfahren dient der Klärung des Sachverhalts und der Umstände einer Straftat.

In der Regel werden die Ermittlungen von der Polizei durchgeführt. In Ausnahmefällen kann der Ministerrat oder der Generalstaatsanwalt Sachverständige zu den Ermittlungen hinzuziehen. Die Entscheidung über die Verfolgung einer Straftat wird im Allgemeinen von der Polizei getroffen, die sich dabei an die generellen Weisungen des Generalstaatsanwalts zu halten hat. Bei besonders schweren Straftaten entscheidet der Generalstaatsanwalt über die Strafverfolgung.

Das Ermittlungsverfahren läuft an, wenn die Polizei Kenntnis davon erhält, dass eine Straftat begangen wurde.

Die Polizei untersucht dann den Tatort und sammelt relevante Informationen und Beweismaterial. Sie nimmt ferner die Aussagen aller Personen auf, die Angaben zur Straftat machen können.

Ergeben die Beweise, dass Sie an einer Straftat beteiligt waren, kann die Polizei Sie vor oder nach einer Festnahme vernehmen.

Wann und wie können Sie von der Polizei befragt werden?

Können Sie nach Ansicht der Polizei wertvolle Angaben zu einer Straftat machen, können Sie auf das Polizeirevier gebeten werden, um dort eine Aussage zu machen oder sachdienliche Unterlagen vorzulegen. Kommen Sie dieser Aufforderung nicht nach, kann Sie die Polizei schriftlich laden. Die unentschuldigte Nichtbefolgung einer solchen Ladung ist ein Straftatbestand.

Werden Sie über Ihre Rechte belehrt?

Wenn Sie der Beteiligung an einer Straftat verdächtigt werden, müssen Sie vor der Vernehmung folgendermaßen über Ihre Rechte belehrt werden: „Sie müssen keine Aussage machen, es sei denn, Sie wollen aussagen, doch wird alles, was Sie sagen, schriftlich festgehalten und kann gegen Sie verwendet werden“. Als Minderjähriger müssen Sie über ihr Recht aufgeklärt werden, Kontakt zu Ihren Eltern oder Ihrem Vormund aufzunehmen.

Sie können aufgrund eines richterlichen Haftbefehls, unter bestimmten Voraussetzungen allerdings auch ohne einen solchen Haftbefehl festgenommen werden. Vgl. [hier](#).

Welche Informationen erhalten Sie nach Ihrer Festnahme?

Sie sind über die Gründe Ihrer Festnahme in Kenntnis zu setzen, sofern eine gewalttätige Reaktion Ihrerseits dies nicht unmöglich macht.

Was geschieht nach der Festnahme?

Sie müssen innerhalb von 24 Stunden einem Richter vorgeführt werden, falls Sie nicht vorher freigelassen werden.

Was passiert, wenn gegen Sie ein Europäischer Haftbefehl besteht?

Ein Europäischer Haftbefehl muss von einer Justizbehörde des Antrag stellenden Staates vorschriftsgemäß ausgestellt worden sein. Näheres hierzu finden sie [hier](#).

Untersuchungshaft oder Freilassung?

Ist die Polizei der Auffassung, dass Sie in polizeilichem Gewahrsam bleiben sollten, muss sie dies bei einem Bezirksrichter beantragen, der für höchstens acht Tage Untersuchungshaft anordnen darf. Dieser Zeitraum kann verlängert werden, doch darf die Gesamtdauer der Untersuchungshaft drei Monate nicht überschreiten.

Das Gericht kann Untersuchungshaft anordnen, wenn gegen Sie ein dringender Tatverdacht besteht. Das Gericht wird dabei zwischen den Erfordernissen des Ermittlungsverfahrens und Ihrem Recht auf Freiheit abwägen.

Können Sie gegen die Verhängung der Untersuchungshaft Rechtsmittel einlegen?

Sie können gegen den Beschluss innerhalb von zehn Tagen Rechtsmittel einlegen.

Was passiert, wenn Sie die Fragen der Polizei nicht beantworten?

Wenn Sie von Ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen, darf dies nicht zu Ihrem Nachteil ausgelegt werden.

Die polizeiliche Vernehmung darf keine Einschüchterungsversuche oder wiederholte Fragestellungen beinhalten.

Ist die Anwesenheit eines Anwalts bei der Vernehmung zulässig?

Während der polizeilichen Vernehmung haben Sie nicht das Recht, einen Anwalt hinzuzuziehen. Nach Ihrer Festnahme dürfen Sie sofort ohne Zuhörer mit einem Anwalt ihrer Wahl telefonieren.

Sie sprechen kein Deutsch. Können Sie einen Dolmetscher bekommen?

Nach dem Gesetz muss Ihnen ein Dolmetscher für eine Sprache zur Seite gestellt werden, in der Sie sich hinreichend verständigen können.

Können Sie Verwandte oder Freunde verständigen?

Sie haben das Recht, mit einem Verwandten oder einer anderen Person Ihrer Wahl Kontakt aufzunehmen. Falls Sie minderjährig sind, dürfen Sie in Anwesenheit der Polizei auch mit Ihren Eltern oder Ihrem Vormund sprechen. Ihre Eltern oder Ihr Vormund werden von der Polizei über Ihre Festnahme informiert.

Ihre Kontaktaufnahme zu Freunden und Verwandten kann um zwölf Stunden hinausgezögert werden, wenn ein hinreichender Verdacht besteht, dass die sofortige Wahrnehmung dieses Rechts unmittelbar nach der Festnahme zur Folge hat,

dass Beweismittel vernichtet werden

dass die Festnahme einer oder mehrerer anderer Personen in Zusammenhang mit derselben Straftat verhindert wird oder

dass weitere Verdächtige flüchten können oder eine weitere Straftat begangen wird.

Dürfen Sie als Angehöriger eines anderen Mitgliedstaats Ihre Botschaft kontaktieren?

Wenn Sie Ausländer sind, haben Sie das Recht, Ihre Botschaft oder Ihr Konsulat zu kontaktieren. Gibt es keine Vertretung Ihres Landes, können Sie Kontakt zum [Büro des zyprischen Ombudsmanns](#) oder der [zyprischen Organisation zum Schutz der Menschenrechte](#) aufnehmen.

Haben Sie während der Haft Anspruch auf ärztliche Betreuung?

Falls Sie bei der Festnahme oder während der Haft ärztliche Betreuung benötigen, hat die Polizei dafür zu sorgen, dass Sie von einem Arzt untersucht und gegebenenfalls in ein Krankenhaus eingewiesen werden. Sie haben das Recht auf freie Arztwahl.

Müssen Sie während des Ermittlungsverfahrens anwesend sein?

Wenn Sie Ihren Wohnsitz im Ausland haben, sind Sie rechtlich nicht dazu verpflichtet, während des Ermittlungsverfahrens in Zypern zu bleiben. Eine Teilnahme am Ermittlungsverfahren per Videoverbindung ist im Gesetz noch nicht vorgesehen.

Falls kein Haftbefehl gegen Sie besteht, können Sie das Land verlassen.

Darf Ihre Wohnung oder Ihr Büro während des Ermittlungsverfahrens durchsucht werden?

Ihre Wohnung oder Ihre Geschäftsräume dürfen nur nach Erlass eines Durchsuchungsbefehls durchsucht werden, falls Sie nicht schriftlich in eine Durchsuchung eingewilligt haben.

Ist eine Leibesvisitation möglich?

Sie können von einer Person des gleichen Geschlechts einer Leibesvisitation unterzogen werden. Vgl. [hier](#).

Kann die Polizei Ihnen Fingerabdrücke, DNA-Proben usw. abnehmen?

Wenn Sie sich in Untersuchungshaft befinden, ist die Polizei befugt, im Rahmen des Ermittlungsverfahrens Ihre Maße zu nehmen, Sie abzulichten, Abdrücke von Ihren Fingerkuppen und Ihren Handflächen zu nehmen, von Ihnen Schriftproben zu verlangen sowie Nagel-, Haar- und Speichelproben zu nehmen.

Verweigern Sie Ihre Einwilligung, machen Sie sich damit strafbar und können mit einer Freiheitsstrafe oder einer Geldbuße belegt werden. Mit Ihrer Einwilligung kann die Polizei Ihnen auch Blut abnehmen und Sie um eine Urinprobe bitten. Geben Sie Ihre Einwilligung nicht, kann ein Gerichtsbeschluss erwirkt werden, der zufolge die Polizei diese Proben unter ärztlicher Aufsicht entnehmen kann.

Müssen Sie an einer Gegenüberstellung mitwirken?

Wenn Sie rechtmäßig inhaftiert sind, kann die Polizei Sie zur Mitwirkung an einer Gegenüberstellung auffordern.

Können Sie sich über Ihre Behandlung durch die Polizei beschweren?

Eine Beschwerde über die Polizei kann bei der [unabhängigen Beschwerdestelle](#) eingereicht werden.

Wie endet das Ermittlungsverfahren?

Liegen bei Abschluss des Ermittlungsverfahrens hinreichende Beweise vor, kann die Polizei ein Strafverfahren gegen Sie einleiten. Vor der Anklageerhebung müssen Sie über Ihre Rechte belehrt werden. Sie können auf schuldig oder nicht schuldig plädieren oder sich vorbehalten, erst vor Gericht hierzu eine Erklärung abzugeben. Daraufhin wird die Anklageschrift bei Gericht eingereicht.

Die einzelnen Anklagepunkte können von den ursprünglichen Beschuldigungen abweichen.

Können Sie einer Straftat beschuldigt werden, die Ihnen schon in einem anderen Mitgliedstaat zur Last gelegt wurde?

Wenn Sie wegen einer Straftat bereits verurteilt oder von dem Vorwurf freigesprochen wurden, können Sie wegen dieses Vorwurfs nicht erneut angeklagt werden. Sie können nicht wegen einer Tat oder einer Unterlassung schuldig gesprochen werden, die zum Zeitpunkt ihrer Begehung nicht strafbar war.

Es ist gesetzlich nicht verboten, dass Sie vor den Gerichten zweier verschiedener Staaten angeklagt werden. Ein solcher Fall wäre jedoch höchst ungewöhnlich, und Sie könnten bei einem der Gerichte Einspruch dagegen erheben.

Was geschieht bei der Gerichtsverhandlung?

Nach Ihrer Ladung zur Verhandlung haben Sie das Recht, Einsicht in die Zeugenaussagen, die im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen gesammelten Unterlagen sowie das vor Gericht zugelassene Schriftmaterial zu nehmen.

Die Staatsanwaltschaft kann nach rechtzeitiger Unterrichtung der Verteidigung während der Verhandlung weitere Zeugen aufrufen.

Müssen Sie über Ihre Vorstrafen Auskunft geben?

Normalerweise werden während der Verhandlung keine Nachweise über Vorstrafen vorgelegt.

Kommt es zu einer Verurteilung, werden für ähnliche Delikte verhängte Vorstrafen bei der Bemessung des Strafmaßes berücksichtigt ([vgl. Informationsblatt 5](#)).

[Informationsblatt 5](#)).

Festnahme- und Durchsuchungsbefugnisse

Festnahmebefugnis der Polizei

Nach der [Verfassung Zyperns](#) darf eine Person rechtmäßig nur nach Erlass eines ordnungsgemäß begründeten Haftbefehls in Haft genommen werden. Alle Vorschriften der Strafprozessordnung, die eine Festnahme ohne richterliche Anordnung zulassen, sind im Lichte dieser Verfassungsnorm zu lesen. Die Polizei kann bei einem Bezirksrichter einen Haftbefehl beantragen. Die Polizei muss hierzu eidesstattlich erklären, dass gegen Sie ein dringender Tatverdacht besteht und Ihre Inhaftierung für das Ermittlungsverfahren erforderlich ist.

Ein Haftbefehl wird nicht automatisch ausgestellt. Vielmehr verfügt der Richter über einen Ermessensspielraum und hat das Recht einer Person auf Freiheit auf der einen Seite und die öffentliche Sicherheit auf der anderen Seite gegeneinander abzuwägen.

Ein Haftbefehl bleibt in Kraft, bis er vollstreckt oder von einem Richter aufgehoben wird.

Durchsuchungsbefugnis der Polizei

Für die Durchsuchung Ihrer Wohnung oder Ihrer Geschäftsräume ist ein Durchsuchungsbefehl erforderlich, falls Sie in die Durchsuchung nicht ausdrücklich schriftlich eingewilligt haben. Ein Durchsuchungsbefehl muss begründet sein. Er wird von einem Bezirksrichter aufgrund von Angaben ausgestellt, die die Polizei unter Eid gemacht hat. Der Richter muss davon überzeugt sein, dass hinreichende Gründe für die Ausstellung eines Durchsuchungsbefehls bestehen.

Ein Polizeibeamter kann Ihr Fahrzeug anhalten und durchsuchen, wenn er davon ausgehen kann, dass Drogen darin versteckt werden, oder um das Fahrzeug auf Sprengstoff oder illegale Waffen zu kontrollieren.

Eine Leibesvisitation ist von einem Polizeibeamten Ihres Geschlechts vorzunehmen.

Ein Polizeibeamter, der berechtigterweise vermutet, dass Sie Drogen besitzen, darf Sie anhalten, durchsuchen und festnehmen, sofern Drogen gefunden werden.

Gegen die Ausstellung eines Haft- oder Durchsuchungsbefehls kann kein Rechtsmittel eingelegt werden.

Links zum Thema

[Generalstaatsanwaltschaft der Republik Zypern](#)

[Oberster Gerichtshof von Zypern](#)

Letzte Aktualisierung: 18/07/2019

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.

Angesichts des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union werden die länderspezifischen Inhalte auf dieser Website derzeit von den Mitgliedstaaten aktualisiert. Falls Inhalte diesem Austritt noch nicht Rechnung tragen, ist dies unbeabsichtigt und wird berichtigt.

3 – Ihre Rechte während der Hauptverhandlung

Wo findet die Hauptverhandlung statt?

Die Hauptverhandlung findet vor dem Gericht des Bezirks statt, in dem die Straftat begangen wurde.

Die Verhandlung ist öffentlich, sofern das Gericht nicht den Ausschluss der Öffentlichkeit beschließt. In der [Verfassung](#) sind die Gründe für einen Ausschluss der Öffentlichkeit aufgeführt.

Es gibt in Zypern keine Geschworenengerichte. Die rechtliche und sachliche Zuständigkeit liegt bei Berufsrichtern.

Kann die Anklage während der Hauptverhandlung geändert werden?

Mit Zustimmung des Gerichts kann die Anklage während der Hauptverhandlung geändert werden. Dies ist möglich, wenn die Informationen in der Anklage unzureichend sind oder die Anklagepunkte durch die Beweise besser belegt werden sollen.

Sollten sich während der Beweisaufnahme neue Anklagepunkte ergeben, können sie mit Zustimmung des Gerichts der Anklageschrift hinzugefügt werden. In diesem Fall kann die Hauptverhandlung ausgesetzt werden, damit Sie und Ihr Verteidiger sich entsprechend vorbereiten können.

Erweist sich am Ende der Hauptverhandlung nur ein Teil der Anklage als zutreffend und handelt es sich dabei um eine eigenständige Straftat, können Sie ohne Änderung der Anklageschrift für diese Straftat verurteilt werden. Desgleichen können Sie ohne Änderung der Anklage wegen derselben Straftat wegen Versuchs verurteilt werden. Am Ende der Verhandlung kann das Gericht die Aufnahme zusätzlicher, sich aus der Beweisaufnahme ergebender Anklagepunkte anordnen und Sie ohne Änderung der Anklageschrift verurteilen. Dies darf jedoch nicht zu einem Fehlurteil führen.

Mit Zustimmung des Gerichts können Sie Ihre Aussage in Bezug auf alle oder auch einzelne Anklagepunkte ändern. Plädieren Sie in einigen Anklagepunkten auf schuldig, wird das Gericht über die verbleibenden Anklagepunkte verhandeln. Plädieren Sie in allen Anklagepunkten auf schuldig, geht das Gericht sofort zur Bemessung des Strafmaßes über.

Welche Rechte haben Sie in der Hauptverhandlung?

Sie haben Anspruch auf ein faires und öffentliches Verfahren, das innerhalb einer angemessenen Frist vor einem durch Gesetz errichteten unabhängigen, unparteiischen sowie sachlich und räumlich zuständigen Gericht stattfindet.

Das Urteil des Gerichts muss begründet werden und wird in der Regel öffentlich verkündet, sofern eine öffentliche Verkündung nicht den Interessen der Justiz zuwiderläuft.

Wenn Sie einer Straftat beschuldigt werden, können Sie mindestens folgende verfassungsmäßige Rechte geltend machen:

Sie erhalten umgehend und in einer Ihnen verständlichen Sprache detaillierte Informationen über die Art und die Gründe der Ihnen zur Last gelegten Tatbestände.

Sie erhalten ausreichend Zeit und Möglichkeiten, um Ihre Verteidigung vorzubereiten.

Sie können sich selbst verteidigen oder durch einen Anwalt Ihrer Wahl vertreten lassen oder erhalten, wenn Sie sich einen Rechtsbeistand nicht leisten können, Prozesskostenhilfe, sofern dies im Interesse der Rechtsfindung liegt.

Sie können Fragen an Zeugen der Anklage richten, wobei für Ihre Zeugen und für Zeugen der Anklage dieselben Bedingungen gelten.

Sie haben Anspruch auf einen für Sie kostenlosen Gerichtsdolmetscher, wenn Sie sich in der Verfahrenssprache nicht verständlich machen können.

Müssen Sie an der Hauptverhandlung teilnehmen?

Wenn Sie eine Ladung zum persönlichen Erscheinen vor Gericht erhalten haben, müssen Sie teilnehmen. Erscheinen Sie nicht, wird ein Haftbefehl gegen Sie ausgestellt.

Bleiben Sie während der Hauptverhandlung in Untersuchungshaft oder werden Sie freigelassen?

Abgesehen von schweren Fällen werden Sie während der Hauptverhandlung gegen eine Kaution freigelassen. Es kann jedoch ein Verbleiben in der Haft angeordnet werden, wenn ernsthaft zu befürchten ist, dass Sie nach einer Freilassung nicht zur Hauptverhandlung erscheinen. Die Hinterlegung einer Kaution kann ferner abgelehnt werden, wenn zu befürchten ist, dass Sie nach einer Freilassung weitere Straftaten begehen.

Wird eine Kaution abgelehnt und wird Ihre Sache vor einem Bezirksgericht verhandelt, dürfen Sie nicht länger als acht Tage bis zu Ihrem nächsten Erscheinen vor Gericht inhaftiert werden. Wird die Sache vor einem Schwurgericht verhandelt, ist die Zeit der Inhaftierung nicht befristet.

Gegen die Ablehnung einer Kaution können Sie Rechtsmittel einlegen. Dies muss innerhalb von zehn Tagen nach dem Beschluss geschehen.

Die Untersuchungshaft ist zeitlich nicht begrenzt. Ihre Sache muss jedoch innerhalb einer annehmbaren Frist zur Verhandlung kommen.

Sie leben in einem anderen Mitgliedstaat. Können Sie per Videokonferenz an der Hauptverhandlung teilnehmen?

Eine Teilnahme an Strafverfahren per Videokonferenz ist nicht vorgesehen.

Müssen Sie sich in der Hauptverhandlung von einem Anwalt vertreten lassen?

Sie müssen sich in Gerichtsverfahren nicht von einem Anwalt vertreten lassen, sondern können sich selber verteidigen. Wenn Sie sich anwaltlich vertreten lassen, haben Sie in jeder Phase des Verfahrens das Recht, den Anwalt zu wechseln.

Können Sie sich keinen Anwalt leisten, haben Sie Anspruch auf Prozesskostenhilfe, sofern dies Interesse der Rechtsfindung liegt.

Wenn Sie sich in der Hauptverhandlung von einem Anwalt vertreten lassen, tritt dieser als Ihr Verteidiger auf. Verteidigen Sie sich selber, haben Sie die gleichen Rechte, also auch das Recht zu schweigen und das Recht, sich nicht selber zu belasten.

Welche Rolle spielen Sie in der Hauptverhandlung?

Nachdem die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift verlesen hat, können Sie gegenüber dem Gericht geltend machen, dass die Anklage jeglicher Grundlage entbehrt, weil

kein Beweis für ein wesentliches Tatbestandsmerkmal vorliegt;

die von der Staatsanwaltschaft angeführten Beweise sich als unzuverlässig und für eine sichere Verurteilung nicht ausreichend erwiesen haben.

Stimmt das Gericht Ihrer Argumentation zu, werden Sie freigesprochen, ohne dass Sie aufgefordert werden, sich zur Anklage zu äußern.

Befindet das Gericht, dass auf die Anklage erwidert werden muss, hat es Sie über die folgenden Rechte zu belehren:

Sie können unter Eid aussagen. In diesem Fall werden Sie von der Staatsanwaltschaft ins Kreuzverhör genommen.

Sie können eine nicht beeidigte Aussage von der Anklagebank aus machen. In diesem Fall können Sie keinem Kreuzverhör unterzogen werden;

Sie können schweigen. Wenn Sie von Ihrem Schweigerecht Gebrauch machen, darf dies nicht zu Ihren Ungunsten ausgelegt werden.

Können Sie Zeugen zu Ihrer Entlastung aufrufen?

Gleichgültig, ob Sie sich für oder gegen eine Aussage entscheiden, Sie haben auf jeden Fall das Recht, Zeugen zu Ihrer Entlastung aufzurufen.

Wenn Sie sich zu einer Aussage unter Eid entschlossen haben und Ihnen eine belastende Frage gestellt wird, muss das Gericht Sie auf Ihr Recht auf Aussageverweigerung hinweisen.

Was passiert, wenn Sie vor Gericht die Unwahrheit sagen?

Machen Sie während der Hauptverhandlung eine Falschaussage, begehen Sie einen Meineid, der mit einer Freiheitsstrafe geahndet wird.

Welche Rechte haben Sie hinsichtlich der gegen Sie vorgebrachten Beweise?

Sie haben das Recht, von der Staatsanwaltschaft vorgebrachte Beweise durch ein Kreuzverhör von Zeugen der Anklage in Zweifel zu ziehen. Sie können auch Beweismittel ablehnen.

Können Sie Beweise zu Ihren Gunsten vorbringen?

Sie können alle Beweise zu Ihrer Verteidigung vorbringen, die für den Verfahrensgegenstand relevant und rechtlich zulässig sind. Geht es um Ihren Leumund, können Sie zu Ihrer Verteidigung einen Leumundszeugen aufrufen.

Können Sie einen Privatdetektiv engagieren, der für Sie Beweise sammelt?

Diese Möglichkeit besteht. Die auf diese Weise gesammelten Beweise können bei Gericht nach den gleichen Regeln vorgebracht werden, die für alle anderen Beweise auch gelten.

Werden Auskünfte über Ihr Strafregister berücksichtigt?

Ihr Strafregister wird in der Hauptverhandlung nicht offen gelegt, es sei denn, Sie sagen aus und bringen Ihren Leumund ins Spiel, indem Sie den Leumund eines Zeugen der Anklage während des Kreuzverhörs in Frage stellen.

Ihre früheren Straftaten dürfen vor Gericht unter der Voraussetzung angeführt werden, dass die Straftat, wegen der Sie vor Gericht stehen, anderen von ihnen begangenen Straftaten ähnlich ist.

Ihre Vorstrafen in einem anderen Mitgliedstaat können mit Ausnahme der Fälle berücksichtigt werden, in denen die Strafen verbüßt sind.

Wie endet die Hauptverhandlung?

Am Schluss der Hauptverhandlung halten die Parteien ihre Schlussplädoyers und daraufhin verkündet das Gericht sein Urteil.

Das Gericht kann Sie verurteilen oder freisprechen.

Bei einer Verurteilung haben Sie das Recht, sich vor Verkündung des Urteils an das Gericht zu wenden, um eine Strafminderung zu bewirken.

Nähere Informationen über mögliche Strafmaße finden Sie [hier](#).

Welche Rolle spielt das Opfer in der Hauptverhandlung?

Das Opfer spielt in der Hauptverhandlung keine besondere Rolle, doch kann es als Zeuge aufgerufen werden und Aussagen über die näheren Tatumstände sowie die daraus resultierenden Verletzungen, Schäden und Verluste machen.

Bei der Bemessung des Strafmaßes kann das Opfer von der Staatsanwaltschaft aufgefordert werden, die Folgen der Straftat zu beschreiben. Wenn Sie zu einer Entschädigung des Opfers bereit sind und das Opfer Ihnen die Tat vergibt, kann sich dies strafmindernd auswirken.

Strafformen

Im Folgenden finden Sie eine Liste der verschiedenen Strafformen, die von einem Gericht in Zypern verhängt werden können.

Freiheitsstrafe, d. h. Inhaftierung in einem Staatsgefängnis für einen bestimmten Zeitraum.

Offener Vollzug. Wenn Sie wegen einer Straftat verurteilt werden, die mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet wird, können Sie zu einer Haftstrafe im offenen Vollzug verurteilt werden, die sich über maximal 52 Wochen erstrecken darf. Die wöchentliche Haftzeit beginnt am Freitag um 8 Uhr und endet am Montag um 17 Uhr.

Aussetzung der Haftstrafe. Werden Sie zu einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren verurteilt, kann unter bestimmten Bedingungen die Strafe für drei Jahre ausgesetzt werden. Verstoßen Sie gegen die Bedingungen, ist die ursprüngliche Haftstrafe zu verbüßen und es kann für Sie noch weitere Konsequenzen geben.

Strafaussetzung zur Bewährung. Das Gericht kann die Strafe zur Bewährung aussetzen und anordnen, dass Sie sich für einen Zeitraum zwischen einem und drei Jahren der Aufsicht eines Bewährungshelfers unterstellen. Für die Behandlung jugendlicher Straftäter sieht das Gesetz besondere Maßnahmen vor.

Jugendliche Straftäter. Die Strafmündigkeit beginnt mit der Vollendung des 14. Lebensjahres. Nur selten werden jedoch Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren zu Haftstrafen verurteilt.

Anordnung der Entfernung eines Minderjährigen aus seiner Familie. Wird ein Elternteil oder ein Erziehungsberechtigter eines Minderjährigen wegen bestimmter Straftaten verurteilt, kann das Gericht die Unterbringung des Kindes an einem sicheren Ort anordnen. Das Kind steht dann in der Obhut des Leiters des Jugendamtes.

Einweisung in eine Entziehungsanstalt. Einem wegen eines Drogendelikts Verurteilten kann das Gericht mit dessen Zustimmung anstatt einer anderen Strafe eine Entziehungsanstalt auferlegen.

Vorläufige Freilassung gegen Kaution. In diesem Fall werden Ihnen Auflagen gemacht, an die Sie sich während einer bestimmten Zeit halten müssen. Verstoßen Sie gegen die Auflagen, können Sie sowohl wegen dieses Verstoßes als auch wegen der ursprünglichen Straftat verurteilt werden.

Das Gericht kann Ihnen zur Auflage machen, für einen bestimmten Zeitraum die öffentliche Ordnung zu wahren.

Verbot des Besuchs von Sportveranstaltungen. Werden Sie wegen Gewalttätigkeit(en) bei einem Fußballspiel oder einer anderen Sportveranstaltung verurteilt, kann das Gericht über eine andere Strafe hinaus Ihnen untersagen, Fußballspiele oder andere Sportveranstaltungen zu besuchen.

Anordnung zur Einziehung der Erträge aus Straftaten.

Entzug der Fahrerlaubnis. Bei einer Verurteilung wegen eines Verkehrsdelikts kann Ihnen vom Gericht zusätzlich zu anderen Strafmaßnahmen die Fahrerlaubnis entzogen werden.

Entzug der Erlaubnis zum Besitz oder zur Nutzung einer Sportwaffe. Diese Strafe kann bei unerlaubter Nutzung der Waffe zum Zwecke der Wilderei verhängt werden.

Beschlagnahmebeschluss. Das Gericht kann die Beschlagnahme von Gegenständen anordnen, die ungesetzlicherweise in Ihrem Besitz sind oder die Sie sich auf ungesetzliche Weise beschafft haben.

Abbruchverfügung. Das Gericht kann den Abbruch eines illegal errichteten Gebäudes verfügen.

Links zum Thema

[Website der Regierung über die Verfassung](#)

Letzte Aktualisierung: 18/07/2019

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.

Angesichts des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union werden die länderspezifischen Inhalte auf dieser Website derzeit von den Mitgliedstaaten aktualisiert. Falls Inhalte diesem Austritt noch nicht Rechnung tragen, ist dies unbeabsichtigt und wird berichtigt.

4 – Ihre Rechte nach der Hauptverhandlung Stehen Ihnen Rechtsmittel zur Verfügung?

Sie haben das uneingeschränkte Recht, beim Obersten Gerichtshof gegen die Verurteilung und das Strafmaß Rechtsmittel einzulegen. Gegen eine Verurteilung in einem Verfahren, in dem Sie selber auf schuldig plädiert haben, können Sie kein Rechtsmittel einlegen, es sei denn, der in der Anklage beschriebene Sachverhalt stellt keinen Straftatbestand dar.

Welche Fristen sind einzuhalten?

Ihr Einspruch gegen die Verurteilung und/oder das Strafmaß muss innerhalb von zehn Tagen nach der Urteilsverkündung eingelegt werden. Die Rechtsmittelschrift ist bei der Geschäftsstelle des Bezirksgerichts einzureichen, vor dem die Hauptverhandlung stattfand; wurde die Sache vor einem Schwurgericht verhandelt, ist die Rechtsmittelschrift bei der Geschäftsstelle des Obersten Gerichtshofes einzureichen.

Aus welchen Gründen können Rechtsmittel eingelegt werden?

Gegen die Verurteilung können aus folgenden Gründen Rechtsmittel eingelegt werden:

Es wurde gegen die üblichen Regeln eines fairen Verfahrens verstoßen.

Die Verurteilung steht im Widerspruch zu der Beweislage.

Das Gericht hat in einer Rechtsfrage falsch entschieden.

Es liegt ein Justizirrtum durch falsche Beweismittel vor.

Gegen das Strafmaß können aus folgenden Gründen Rechtsmittel eingelegt werden:

Das Strafmaß an sich war verkehrt - das erstinstanzliche Gericht war über den Sachverhalt oder das Gesetz oder beides falsch unterrichtet.

Das Strafmaß ist offenkundig überhöht oder offenkundig unangemessen.

In der Rechtsmittelschrift sind die Gründe des Einspruchs gegen Verurteilung und Strafmaß ausführlich zu erläutern und zu begründen.

Was passiert, wenn Sie Rechtsmittel einlegen?

Wenn Sie Rechtsmittel einlegen, behalten Ihre Verurteilung oder das Strafmaß so lange Gültigkeit, bis über das Rechtsmittel entschieden wurde.

Üblicherweise ergeht eine Rechtsmittelentscheidung innerhalb von sechs bis zwölf Monaten.

In der Rechtsmittelinstanz wird normalerweise keine Beweisaufnahme durchgeführt. Eine neue Beweisaufnahme erfolgt nur, wenn ein Beweis ohne Ihr Verschulden erst nach der Hauptverhandlung zutage getreten ist. Er muss für den Prozess und für Ihre Unschuld von Belang sein.

Was geschieht in der Berufungsverhandlung?

Die Rechtsmittelparteien haben das Recht, vor Gericht ihre jeweiligen Argumente dafür und dagegen vorzutragen. Eine Kurzfassung der Argumente ist vor der Verhandlung schriftlich einzureichen. Im Rechtsmittelverfahren wird die ursprüngliche Sache nicht erneut verhandelt. Es soll vielmehr überprüft werden, ob die erstinstanzliche Entscheidung stichhaltig ist.

Zu welcher Entscheidung kann das Gericht kommen?

Der Oberste Gerichtshof kann

das Rechtsmittel zulassen und Ihre Verurteilung aufheben

das Rechtsmittel teilweise zulassen und andere Teile des Urteils bestätigen, in denen Sie in einer Reihe von Punkten für schuldig befunden wurden die Berufung verwerfen;

das Urteil aufheben und Sie wegen einer anderen Straftat verurteilen, die in Anbetracht der Beweislage passender ist, und ein neues Strafmaß festlegen das Rechtsmittel zulassen und die Sache zur erneuten Verhandlung an dasselbe oder ein anderes Gericht verweisen.

Was geschieht, wenn Ihrem Rechtsmittel stattgegeben / nicht stattgegeben wird?

Wird Ihrem Rechtsmittel gegen die Verurteilung stattgegeben, werden das Urteil und die Strafe aufgehoben. Wird Ihrem Rechtsmittel nicht stattgegeben, wird das Urteil bestätigt. Bei einem Rechtsmittel gegen das Strafmaß kann der Oberste Gerichtshof das Strafmaß verringern oder modifizieren. Wird dem Rechtsmittel gegen das Urteil und/oder das Strafmaß nicht stattgegeben, kann der Oberste Gerichtshof verfügen, dass die Haftstrafe mit sofortiger Wirkung anzutreten ist.

Haben Sie das Recht, bei einem höherinstanzlichen / anderen Gericht Rechtsmittel einzulegen?

Es gibt keine dritte Instanz. Mit der Rechtsmittelentscheidung sind die Ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel erschöpft. Wird eines ihrer in der [Europäischen Menschenrechtskonvention](#) garantierten Rechte verletzt, können Sie Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einlegen, sofern kein innerstaatliches Rechtsmittel mehr möglich ist.

Erhalten Sie eine Entschädigung, falls die erstinstanzliche Entscheidung falsch war?

Wenn Ihrem Rechtsmittel gegen das Urteil stattgegeben wird und Sie schon eine gewisse Zeit im Gefängnis verbracht haben, haben Sie gesetzlichen Anspruch auf eine Entschädigung für Verdienstaussfall.

Wird das Ersturteil im Strafregister vermerkt, wenn Ihrem Rechtsmittel stattgegeben wird?

Wird Ihr Urteil in nächster Instanz aufgehoben, wird das Urteil nirgendwo vermerkt.

Sie kommen aus einem anderen Mitgliedstaat. Können Sie nach der Hauptverhandlung in Ihr Land zurückgeschickt werden?

Wenn Sie in Zypern zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden, können Sie zur Ableistung dieser Strafe bei einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten in Ihr Land überstellt werden; in Ausnahmefällen kann diese Begrenzung aufgehoben werden. Bei Haftantritt werden Sie über dieses Recht aufgeklärt.

Die Überstellung in Ihren Mitgliedstaat erfolgt nicht automatisch. Sie müssen entweder in dem Mitgliedstaat, in dem das Urteil erlassen wurde (Zypern), oder in Ihrem Herkunftsmitgliedstaat beantragen, dass Sie die Strafe in Ihrem Heimatstaat verbüßen möchten.

In Ausnahmefällen – beispielsweise wenn dies aus Altersgründen oder aufgrund Ihrer körperlichen und geistigen Verfassung geboten erscheint – kann die Überstellung auch ohne Ihre Einwilligung erfolgen.

Die Bedingungen für die Überstellung sind im [Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen](#) niedergelegt. Eine der Voraussetzungen lautet, dass die Tat oder Unterlassung, wegen der Sie verurteilt wurden, nach dem Recht des die Strafe vollstreckenden Staates eine Straftat sein muss.

Nach der Überstellung in Ihren Mitgliedstaat werden alle haftbezogenen Fragen nach dem Recht dieses Staates geregelt und nicht nach dem Recht des Staates, in dem das Urteil ergangen ist. Abgesehen von den bereits genannten Ausnahmefällen müssen Sie der Überstellung zustimmen.

Gegen einen Beschluss, Sie zur Verbüßung Ihrer Strafe in Ihr Heimatland zu überstellen, kann kein Rechtsmittel eingelegt werden.

Können Sie nach einer Verurteilung derselben Straftat erneut angeklagt werden?

Wegen ein- und derselben in Zypern oder einem anderen Staat begangenen Straftat können Sie nicht zweimal vor Gericht gestellt werden. Der Grundsatz *ne bis in idem* (keine Doppelbestrafung) ist ein in der Verfassung Zyperns garantiertes Grundrecht.

Werden Angaben zu den Anklagepunkten Ihrem Strafregister hinzugefügt?

Bei der Polizei wird ein Vorstrafenregister geführt. Jede neue Verurteilung wird in Ihr Vorstrafenregister eingetragen. Das Vorstrafenregister wird im Wesentlichen zur Festlegung des Strafmaßes geführt und benutzt. Anklagen, die zu keiner Verurteilung geführt haben, werden im Strafregister nicht erfasst. Die Zeitspanne, während derer Ihre Vorstrafe im Strafregister eingetragen bleibt, hängt vom Strafmaß ab und bewegt sich zwischen fünf und höchstens zwölf Jahren.

Ihr Vorstrafenregister kann ohne Ihre Einwilligung bei der Polizei geführt werden, ohne dass Sie Einwände gegen die Eintragung Ihrer Vorstrafe(n) in das Register erheben können.

Links zum Thema

[Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen](#)

Letzte Aktualisierung: 18/07/2019

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.

Angesichts des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union werden die länderspezifischen Inhalte auf dieser Website derzeit von den Mitgliedstaaten aktualisiert. Falls Inhalte diesem Austritt noch nicht Rechnung tragen, ist dies unbeabsichtigt und wird berichtigt.

5 - Verkehrsdelikte

Geringfügige wie schwerwiegende Verkehrsdelikte werden wie andere Straftaten behandelt. Als Strafe werden üblicherweise Bußgelder verhängt. Wiederholungstätern kann die Fahrerlaubnis entzogen werden. Die meisten geringfügigen Verkehrsdelikte werden von einer Verwaltungsbehörde abgehandelt.

Wer befasst sich mit Verkehrsdelikten?

Eine Reihe geringfügiger Delikte in Zusammenhang mit dem Autofahren und damit verbundener Zuwiderhandlungen können verwaltungsrechtlich mit der Verhängung eines im Gesetz bestimmten Bußgeldes geahndet werden.

Bei Geschwindigkeitsüberschreitungen oder Telefonieren mit dem Handy während des Fahrens sowie einigen anderen geringfügigen Delikten wird ferner Ihr Führerschein mit Strafpunkten versehen. Bei mehr als 12 Strafpunkten geht die Sache vor Gericht. Sind Sie mit einem Bußgeld und Strafpunkten nicht einverstanden, wird gegen Sie ein Strafverfahren eingeleitet.

Ein Polizist oder ein örtlicher Schutzmann kann Sie über die Verhängung des Bußgeldes informieren. Bei einem Parkvergehen muss auf dem Strafzettel der Verstoß genannt und Ihnen mitgeteilt werden, dass sich die Buße, sofern sie nicht innerhalb von 15 Tagen bezahlt wird, um 50 % erhöht.

Wird das Bußgeld nicht innerhalb von 30 Tagen beglichen, kann ein Strafverfahren eingeleitet werden. Bußgelder können bei Verkehrsdelikten verhängt werden, die von Fußgängern, Radfahrern sowie von Autofahrern begangen wurden. Die Höhe des Bußgeldes ist gesetzlich geregelt.

Stimmen Sie einem Bußgeld zu, können Sie keinen Rechtsbehelf einlegen. Leugnen Sie hingegen die Zuwiderhandlung, können die Behörden gerichtlich gegen Sie vorgehen. Gegen die Entscheidung des Gerichts können Sie, wie bei jeder anderen Straftat, Rechtsmittel einlegen.

Ein von einer Verwaltungsbehörde verhängtes Bußgeld kann wie eine von einem Gericht verhängte Geldstrafe eingetrieben werden. Es wird nicht ins Strafregister eingetragen.

Was geschieht, wenn die Sache vor Gericht geht?

Zuständig für ein Verkehrsdelikt ist das Bezirksgericht des Gebiets, in dem die Zuwiderhandlung begangen wurde.

Das Verfahren bei geringfügigen Verkehrsdelikten ist das gleiche wie bei allen anderen Straftaten.

Das Gericht kann folgende Strafen verhängen:

Geldstrafe,

Freiheitsstrafe,

Entzug der Fahrerlaubnis.

Die Bürger anderer Mitgliedstaaten werden ebenso wie die Bürger Zyperns für geringfügige Verkehrsdelikte zur Verantwortung gezogen.

Gegen eine Verurteilung wegen eines geringfügigen Verkehrsdelikts sowie gegen das Strafmaß können auf die gleiche Art und Weise und aus denselben Gründen wie in anderen Strafsachen Rechtsmittel eingelegt werden.

Links zum Thema

[Fahren in Zypern – Verkehrsgesetze in Zypern – Zuwiderhandlungen, Bußgelder und Punkte](#)

Letzte Aktualisierung: 18/07/2019

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es

verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.

Angesichts des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union werden die länderspezifischen Inhalte auf dieser Website derzeit von den Mitgliedstaaten aktualisiert. Falls Inhalte diesem Austritt noch nicht Rechnung tragen, ist dies unbeabsichtigt und wird berichtigt.